presse

AG Bildung und Forschung

Fluchtforschung besser vernetzen

***René Röspel**, zuständiger Berichterstatter:*

Die Nachfrage nach wissenschaftlicher Expertise im Bereich der Fluchtforschung in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit ist in den letzten Jahren rapide angestiegen. Globale Fluchtbewegungen stellen uns vor neue Herausforderungen. Ein im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung vorgestelltes Fluchtforschungsprojekt zeigt, dass sich viele deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit dem Thema auseinandersetzen – die Vernetzung der Forschenden ist jedoch mangelhaft.

„Im vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projekt ‚Flucht: Forschung und Transfer' geht es vor allem darum, eine Bestandsaufnahme der Forschungslandschaft in diesem Bereich vorzunehmen. Gemeinsam arbeiten das Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (Universität Osnabrück) und das Internationale Konversionszentrum Bonn in Kooperation mit der Deutschen Stiftung Friedensforschung nicht zuletzt an einer Landkarte sowie Datenbank der in Deutschland vorhandenen Expertise. Erste nun vorgestellte Ergebnisse zeigen, dass es etwa 500 Forschungsprojekte und 500 beteiligte Forschungseinrichtungen auf diesem Feld gibt. Dabei ist jedoch die fehlende Vernetzung und Bündelung der Forschung zu Fragen von Gewaltmigration, Flüchtlingspolitik und (Re-)Integration von Flüchtlingen ebenso sichtbar geworden wie der mangelnde Transfer vorliegender wissenschaftlicher Erkenntnisse in politische und öffentliche Debatten. Auch die internationale Dimension von Flucht und Migration wird bisher zu oft ausgeblendet.

Wir müssen nun also verstärkt Kompetenznetzwerke fördern und interdisziplinäre Forschungseinrichtungen etablieren. Gerade bei diesem hochkomplexen und vielschichtigen Thema ist der ständige Austausch unerlässlich. Hierzu müssen in Zukunft mehr Mittel bereitgestellt werden, denn die Themen Flucht und Migration werden uns weltweit leider auf unabsehbare

Zeit begleiten.

Die Diskussion heute bestätigt die Forderung und den Einsatz der SPD-Bundestagsfraktion für einen weiteren Ausbau der Friedens- und Konfliktforschung.“